



2022/0006(INI)

11.2.2022

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zu dem Thema „Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische
Koordinierung: Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022“
(2022/2006(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Pascal Canfin

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die in der Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2022 behandelten Themen unter anderem deutliche Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, den Klimawandel und die Gesundheit haben;
1. nimmt die im Rahmen der Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2022 abgegebene Zusage zur Kenntnis, weiterhin einen makroökonomisch und ökologisch nachhaltigen, fairen und grünen Wandel in den Mittelpunkt des Verfahrens des Europäischen Semesters (Semester) zu stellen, in dem wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Klimaneutralität, öffentliche Gesundheit und das Wohlergehen der Bürger als Leitprinzipien für die Aufbaumaßnahmen der EU verankert werden;
 2. weist darauf hin, dass sich die EU und ihre Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Übereinkommens von Paris verpflichtet haben, sowohl die öffentlichen als auch die privaten Finanzmittelflüsse in Einklang mit einem Weg zu bringen, der mit dem Ziel vereinbar ist, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen; betont, dass dazu alle direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe so bald wie möglich, spätestens aber bis 2025, abgeschafft werden müssen;
 3. betont, wie wichtig es ist, die Abstimmung des Verfahrens des Europäischen Semesters auf die kurz- und langfristigen Klima- und Umweltziele der EU zu beschleunigen, die im Rahmen des europäischen Grünen Deals festgelegt, durch das Europäische Klimagesetz in der Gesetzgebung verankert und im Paket „Fit für 55“ verstärkt wurden; begrüßt, dass in jeden Länderbericht des Europäischen Semesters gesonderte Abschnitte über die Fortschritte der Mitgliedstaaten in den verschiedenen Bereichen der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung aufgenommen wurden und dass zusätzliche Indikatoren festgelegt wurden, um die Leistung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die politischen Ziele des europäischen Grünen Deals und das Übereinkommen von Paris zu überwachen und zu lenken, insbesondere im Vorfeld der nächsten globalen Bestandsaufnahme;
 4. erinnert daran, dass die Verwirklichung der ehrgeizigen Agenda der EU für den Grünen Deal erhebliche Investitionen erfordern wird und dass nach Angaben der Kommission die Lücke bei den privaten und öffentlichen Investitionen zur Bewältigung des grünen Wandels für das nächste Jahrzehnt auf fast 520 Mrd. EUR pro Jahr geschätzt wird; betont, dass dazu weitere politische Maßnahmen notwendig sein werden, um die Finanzströme von belastenden wirtschaftlichen Tätigkeiten weg- und auf nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeiten umzulenken; stellt ferner fest, dass der private Sektor zwar einen erheblichen Teil der Investitionen stemmen wird, aber auch die öffentlichen Investitionen und die Maßnahmen zur Ausrichtung der privaten Investitionen auf Nachhaltigkeit verstärkt werden müssen; unterstreicht, dass durch den schrittweisen Abbau direkter und indirekter umweltschädlicher Subventionen, insbesondere der Subventionen für fossile Brennstoffe, erheblicher finanzpolitischer Spielraum geschaffen werden könnte;

5. bekräftigt seine Forderungen nach einer Neuausrichtung der Steuersysteme mit verstärktem Einsatz von Umweltsteuern und zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung;
6. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Ansatz des Europäischen Semesters auszuweiten, um ihrer politischen Verpflichtung nachzukommen, ihn zu einem Steuerungsinstrument zur Unterstützung der Verwirklichung des europäischen Grünen Deals und der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu machen; unterstreicht daher die Notwendigkeit, die Klima- und Umweltziele der EU, einschließlich der biologischen Vielfalt und der sozialen Ziele, umfassender zu integrieren, ohne den Überwachungsprozess des erweiterten Europäischen Semesters zu schwächen, um den Mitgliedstaaten über bloße Wirtschaftsindikatoren hinaus Analysen und Indikatoren zur Verfügung zu stellen, damit die aktuellen Herausforderungen der Mitgliedstaaten bei der Verringerung ihres ökologischen Fußabdrucks besser wiedergegeben werden und das Verfahren zu einem Motor für Veränderungen hin zu nachhaltigem Wohlstand für alle in Europa wird;
7. ist der Auffassung, dass mit dem Europäischen Semester die Bemühungen der EU unterstützt werden können, ihr Klimaschutzziel bis 2030 und Klimaneutralität bis spätestens 2050 zu erreichen, indem für finanzpolitische Stabilität und ein investitionsfreundliches Umfeld gesorgt wird; betont, dass Änderungen am Europäischen Semester dessen ursprünglichen Zweck nicht verwässern dürfen;
8. erinnert daran, wie wichtig es ist, dass das Europäische Semester auf die Aufbau- und Resilienzfähigkeit abgestimmt wird, und dass die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die europäische Wirtschaft rasch angegangen werden müssen; hebt hervor, dass die Aufbau- und Resilienzfähigkeit allen Mitgliedstaaten eine beispiellose und einzigartige Chance bietet, die wichtigsten strukturellen Herausforderungen und den Investitionsbedarf anzugehen und ihre Volkswirtschaften so umzugestalten, dass sie nachhaltig und widerstandsfähiger gegenüber künftigen Schocks werden; hebt hervor, wie wichtig es ist, die Reformen und Investitionen in den einzelnen nationalen Aufbau- und Resilienzplänen unter vollständiger Wahrung des Grundsatzes „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ ordnungsgemäß umzusetzen und dabei sorgfältig zu überwachen, dass das EU-Umweltrecht ohne Rückschritte vollständig umgesetzt wird; fordert die Kommission auf, alle Zahlungsanträge vor diesem Hintergrund zu prüfen und vor der Gewährung von Zahlungen sicherzustellen, dass alle Etappenziele und Ziele im Einklang mit der Verordnung über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit erreicht wurden, insbesondere die Einhaltung des Grundsatzes „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ und gegebenenfalls die spezifischen Anforderungen in Anhang VI der Verordnung über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit; ist der Ansicht, dass die Aufbau- und Resilienzfähigkeit als Anregung für die Überprüfung des Rahmens für die makroökonomische Steuerung dienen sollte, insbesondere bei der Ermittlung gemeinsamer struktureller Herausforderungen und des Investitionsbedarfs; betont ferner, dass mit dieser Überprüfung ein Rahmen geschaffen werden sollte, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre Umstellung auf eine grüne Wirtschaft zu beschleunigen, ihre Lücke bei den Klima- und Umweltinvestitionen zu schließen und einen raschen Abbau aller umweltschädlichen Subventionen, insbesondere der Subventionen für fossile Brennstoffe, sicherzustellen;
9. weist darauf hin, dass ab 2024 7,5 % des Haushalts der EU für die Ziele der biologischen Vielfalt aufgewendet werden sollen, wobei dieser Anteil ab 2026 auf 10 %

ansteigen soll; betont, dass diese Ausgabenniveaus dringend noch vor Ablauf der festgelegten Fristen erreicht werden müssen; fordert ferner die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Investitionen in den Erhalt und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu erhöhen, Subventionen, die der biologischen Vielfalt schaden, zu reformieren und die Unterstützung für die Erholung auf ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt zu prüfen (*ex ante*) und zu überwachen (*ex post*);

10. unterstreicht, wie wichtig es ist, dass im Rahmen des Europäischen Semesters der gleichberechtigte Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung erleichtert wird; hebt hervor, dass die aktuelle Pandemie erhebliche Auswirkungen auf die Grundversorgung, insbesondere in Bezug auf chronische Krankheiten, aber auch auf die Notfallversorgung in den Mitgliedstaaten hat; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass im Rahmen des Europäischen Semesters die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme behandelt werden sollte.
11. fordert die Kommission auf, das Europäische Parlament sowie die regionalen und lokalen Behörden, die Sozialpartner, die Zivilgesellschaft, die Jugendorganisationen, die wissenschaftlichen Einrichtungen und andere wichtige Interessenträger während des gesamten Verfahrens, einschließlich der länderspezifischen Empfehlungen und während der Umsetzung sowie der Überwachungs- und Bewertungsphasen, stärker einzubeziehen, um sicherzustellen, dass das Europäische Semester nicht nur eine bürokratische Übung ist, sondern dringend benötigte Lösungen für die Bürger unserer jeweiligen Mitgliedstaaten bereitstellt;
12. unterstreicht, dass bei der Bereitstellung von Fördermitteln und Ressourcen für Projekte und Begünstigte darauf geachtet werden sollte, dass die Mittel verantwortungsvoll, wirksam und für wirtschaftlich tragfähige Vorhaben eingesetzt werden;
13. warnt vor einer zunehmenden Belastung der Steuerzahler, sei es in direkter oder indirekter Form, und vor dem Regelungsaufwand insgesamt.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	10.2.2022						
Ergebnis der Schlussabstimmung	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 100px;">+:</td> <td style="text-align: right;">44</td> </tr> <tr> <td>-:</td> <td style="text-align: right;">41</td> </tr> <tr> <td>0:</td> <td style="text-align: right;">2</td> </tr> </table>	+:	44	-:	41	0:	2
+:	44						
-:	41						
0:	2						
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	<p>Mathilde Androuët, Nikos Androulakis, Bartosz Arłukowicz, Margrete Auken, Simona Baldassarre, Marek Paweł Balt, Traian Băsescu, Aurélie Beigneux, Monika Beňová, Hildegard Bentele, Sergio Berlato, Alexander Bernhuber, Malin Björk, Simona Bonafè, Delara Burkhardt, Pascal Canfin, Sara Cerdas, Mohammed Chahim, Tudor Ciuhodaru, Nathalie Colin-Oesterlé, Esther de Lange, Christian Doleschal, Marco Dreosto, Bas Eickhout, Cyrus Engerer, Eleonora Evi, Agnès Evren, Pietro Fiocchi, Raffaele Fitto, Malte Gallée, Iratxe García Pérez, Catherine Griset, Jytte Guteland, Teuvo Hakkarainen, Martin Hojsík, Jan Huitema, Yannick Jadot, Adam Jarubas, Petros Kokkalis, Athanasios Konstantinou, Ewa Kopacz, Joanna Kopcińska, Peter Liese, Sylvia Limmer, Javi López, César Luena, Fulvio Martusciello, Liudas Mažylis, Joëlle Mélin, Tilly Metz, Silvia Modig, Dolors Montserrat, Alessandra Moretti, Dan-Ștefan Motreanu, Ville Niinistö, Ljudmila Novak, Grace O’Sullivan, Jutta Paulus, Stanislav Polčák, Jessica Polfjärd, Nicola Procaccini, Luisa Regimenti, Frédérique Ries, María Soraya Rodríguez Ramos, Sándor Rónai, Rob Rooken, Silvia Sardone, Christine Schneider, Günther Sidl, Ivan Vilibor Sinčić, Linea Søgaard-Lidell, Maria Spyraiki, Nils Torvalds, Edina Tóth, Véronique Trillet-Lenoir, Petar Vitanov, Alexandr Vondra, Mick Wallace, Pernille Weiss, Michal Wiezik, Tiemo Wölken, Anna Zalewska</p>						
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	<p>Anna Deparnay-Grunenberg, Karin Karlsbro, Ska Keller, João Pimenta Lopes, Róza Thun und Hohenstein, Idoia Villanueva Ruiz</p>						

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

44	+
NI	Athanasios Konstantinou
Renew	Pascal Canfin, Martin Hojsík, Jan Huitema, Karin Karlsbro, Billy Kelleher, Frédérique Ries, María Soraya Rodríguez Ramos, Linea Søgaaard-Lidell, Róza Thun und Hohenstein, Nils Torvalds, Véronique Trillet-Lenoir, Michal Wiezik
S&D	Nikos Androulakis, Marek Paweł Balt, Monika Beňová, Simona Bonafè, Delara Burkhardt, Sara Cerdas, Mohammed Chahim, Tudor Ciuhodaru, Cyrus Engerer, Jytte Guteland, Javi López, César Luena, Alessandra Moretti, Sándor Rónai, Günther Sidl, Petar Vitanov, Tiemo Wölken
The Left	Malin Björk, Petros Kokkalis, Silvia Modig, Idoia Villanueva Ruiz
Verts/ALE	Margrete Auken, Anna Deparnay-Grunenberg, Bas Eickhout, Eleonora Evi, Malte Gallée, Yannick Jadot, Tilly Metz, Ville Niinistö, Grace O'Sullivan, Jutta Paulus

41	-
ECR	Sergio Berlato, Pietro Fiocchi, Raffaele Fitto, Joanna Kopcińska, Nicola Procaccini, Rob Rooken, Alexandr Vondra, Anna Zalewska
ID	Mathilde Androuët, Simona Baldassarre, Aurélie Beigneux, Marco Dreosto, Catherine Griset, Teuvo Hakkarainen, Sylvia Limmer, Joëlle Mélin, Silvia Sardone
NI	Edina Tóth
PPE	Bartosz Arłukowicz, Traian Băsescu, Hildegard Bentele, Alexander Bernhuber, Nathalie Colin-Oesterlé, Christian Doleschal, Agnès Evren, Adam Jarubas, Ewa Kopacz, Esther de Lange, Peter Liese, Fulvio Martusciello, Liudas Mažylis, Dolors Montserrat, Dan-Ștefan Motreanu, Ljudmila Novak, Stanislav Polčák, Jessica Polfjärd, Luisa Regimenti, Christine Schneider, Maria Spyrali, Pernille Weiss
The Left	João Pimenta Lopes

2	0
NI	Ivan Vilibor Sinčić
The Left	Mick Wallace

Erläuterungen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung